

Chronologie Mai – Dezember 2003

Dezember 2003

25.12.2003:

Nach einer Untersuchung des „Israel Democracy Institute“ und des „Guttman Center“, aus der „Haaretz“ zitiert, halten 23 Prozent der Israelis die Wehrdienstverweigerung in den besetzten Gebieten für erlaubt, lehnen aber gleichzeitig die Evakuierung von Siedlern ab. 77 Prozent der Israelis halten die Demokratie für die beste Staatsform, und 56 Prozent glauben, dass „starke Führer für den Staat mehr tun können als Debatten und Gesetze“. Genau die Hälfte ist der Auffassung, dass bei einem Konflikt zwischen der Wahrung von Recht und Gesetz auf der einen sowie den Sicherheitsinteressen auf der anderen Seite den letzteren Vorrang gegeben werden solle. Die Antworten spiegeln die Kluft zwischen dem säkularen und dem religiösen Bevölkerungsteil wider.

24.12.2003:

Nach Ansicht des EU-Repräsentanten für den Nahen Osten, Jean Breteché, arbeiten nach verschiedenen europäischen Interventionen nur wenige Finanzministerien im Nahen Osten so professionell und transparent wie das Amt unter Salam Fayyad. In einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ erklärt Brecheté, dass 2003 monatlich zehn Millionen Euro an die palästinensische Haushaltskasse und im laufenden Jahr achtzig Millionen Euro in zwei Tranchen überwiesen worden seien, um die Privatwirtschaft zu unterstützen. Zu Berichten, wonach Yasser Arafat monatlich 100.000 Dollar an seine in Paris lebende Frau Suha und deren Mutter Raymonda Tawil – Autorin des Buches „Mein Gefängnis hat viele Mauern“ (Bonn 1979) – überweise, bemerkt Fayyad, dass Arafats Frau in unregelmäßigen Abständen zwischen 30.000 und 40.000 Dollar aus dem persönlichen Budget ihres Mannes erhalte, das nach wie vor „eine Grauzone“ sei.

23.12.2003:

In einem Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ heißt es: „Weder Israelis noch Palästinenser können ihren ›asymmetrischen‹ Krieg gewinnen. Das wissen jene unter ihnen, die sich unlängst auf die ›**Genfer Initiative**‹ eingelassen haben. Doch von ihr führt leider kein direkter Weg in die praktische Politik.“

22.12.2003:

Nach einer Untersuchung von „Gush Shalom“ hat ein Drittel der israelischen Firmen in der Westbank aufgrund der Vereinbarung ihrer Regierung mit der EU, wonach die Herkunft der Produkte aus den besetzten Gebieten künftig ausgezeichnet werden soll, seinen Standort nach Israel zurückverlegt. Uri Avnery äußert die Überzeugung, dass die Auflösung der Siedlungen besiegelt sei, weil

sich die Einsicht durchsetze, dass Produktionsstätten unter Kriegsbedingungen nicht gewinnbringend arbeiten könnten. — Bei einem Besuch in der Jerusalemer Al-Aqsa-Moschee wird der ägyptische Außenminister Achmed Maher von radikalen Palästinensern mit Schuhen beworfen und als Kollaborateur Israels beschimpft.

21.12.2003:

Dreizehn Angehörige der mit Sonderaufgaben betrauten Eliteeinheit „Sayeret Matkal“, die direkt dem israelischen Generalstab untersteht, unterzeichnen einen Brief an Premier Sharon, in dem sie den Dienst in den palästinensischen Gebieten verweigern. In dem Brief von zehn Soldaten und drei Offizieren an Sharon heißt es: „Wir können nicht mehr beiseite stehen. Heute sagen wir: Wir werden nicht mithelfen, dass Millionen Palästinensern ihre Menschenrechte vorenthalten werden. Wir werden keine Schutzschilde für die Siedlungskampagne sein.“ Damit haben Soldaten seit Anfang 2002 zum dritten Mal angekündigt, den Dienst gegen die palästinensische Bevölkerung zu verweigern.

19.12.2003:

In einem Gespräch mit „Haaretz“¹ äußert sich Yossi Beilins Medienberater, der 45jährige Dror Sternschuss, über die Motive seiner Mitarbeit und die Ziele der Kommunikationskampagnen zugunsten der „**Genfer Initiative**“. Während seiner Militärzeit 1977 habe sich seine Welt über Nacht verändert, als er an einem Checkpoint die Behandlung der Palästinenser miterlebt habe. Nachdem Ami Ayalon und Sari Nusseibeh mit ihrer „People’s Voice“-Aktion den Boden für die „Genfer Initiative“ gelegt hätten, sei ihm klar geworden, dass die Ansprache der Öffentlichkeit nicht weniger wichtig sei als der Vertragsentwurf. Der Vorwurf, dass die Initiatoren keine Legitimität für die „Genfer Initiative“ in Anspruch nehmen könnten, habe zu der Entscheidung geführt, den Entwurf allen Haushalten zuzustellen: Nach den Erfahrungen von Camp David, als alle darüber geklagt hätten, dass es auf der palästinensischen Seite keinen Gesprächspartner gebe, ohne eine Ahnung vom Verhandlungsverlauf selbst zu haben, sollten diesmal alle Israelis die Ergebnisse der Gespräche mit Yasser Abed Rabbo und seiner Gruppe kennen. Viele Menschen sympathisierten rational mit der „Genfer Initiative“, aber „im Bauch“ seien sie Anhänger des „Likud“. In den kommenden Monaten seien Veranstaltungen in allen Teilen des Landes geplant, um jedem zu zeigen, dass „Genf“ der einzige Weg sei. Die Zeit sei reif für die Forderung, dass die Politiker Tritt fassen.

18.12.2003:

¹ Der Beitrag „Frieden verkaufen“ von Aviv Lavie in der Wochenbeilage von „Haaretz“ ist nur in der hebräischen Ausgabe ausgedruckt.

Ministerpräsident Ariel Sharon kündigt in seiner Rede bei der „Herzliya Conference on the National Security for Israel“ einen „disengagement plan“ an, sollten die Palästinenser ihren Verpflichtungen aus der „Road Map“ nicht nachkommen. Der Plan werde die Umgruppierung der israelischen Streitkräfte entlang einer „Sicherheitslinie“ in den palästinensischen Gebieten, die Evakuierung isolierter Siedlungen und die Stärkung der Kontrolle über „jene Teile des Landes Israel (enthalten), die als untrennbarer Teil des Staates Israel im Zuge jeder künftigen Regelung sind“. Die „Road Map“ sei der beste Friedensplan. Er werde zu einem territorial zusammenhängenden demokratischen palästinensischen Staat in Judäa und Samaria mit wirtschaftlicher Lebensfähigkeit führen. Israel werde den Bau der Trennungswand „erheblich beschleunigen“, auch wenn die Sicherheitslinien nicht die endgültigen Grenzen ausmachen würden. Die strategische Koordination mit den USA werde dadurch nicht beeinträchtigt. In einer Stellungnahme auf die Rede Sharons mahnt das Weiße Haus die israelische Regierung, von einseitigen Schritten Abstand zu nehmen. Yossi Beilin warnt die Arbeitspartei, nicht in Sharons Falle zu laufen: Mit seiner Rede habe der kreißende Berg nicht einmal einen Maulwurfshügel geboren. – Die Europäische Union verhindert in letzter Minute, dass Bemühungen der PLO Erfolg haben, Israel die Akkreditierung bei den Vereinten Nationen zu entziehen. Die PLO hatte argumentiert, dass die Bewohner der palästinensischen Gebiete von ihr und nicht von der israelischen Regierung repräsentiert würden. Ein israelischer Diplomat führt Klage darüber, dass sich die USA nur um den Irak kümmern, während die EU besonderes Interesse am Nahen Osten zeige.

17.12.2003:

Außenminister Joschka Fischer kritisiert in einer Rede auf der „Herzliya Conference on National Security for Israel“ den Bau des „Sicherheitszauns“: „Niemand in Europa und der internationalen Gemeinschaft bestreitet das Recht Israels, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten und dem Terrorismus dauerhaft Einhalt zu gebieten. Wenn Israel der Meinung ist, dazu einen Sicherheitszaun zu brauchen, so ist das nicht zu kritisieren, solange dieser Zaun entlang der Grünen Linie verläuft. Allerdings ist der gegenwärtige Verlauf des Zaunes aus Sicherheitsgründen kaum zu verstehen. Und genau diese Tatsache stößt nicht nur in Israel, sondern auch in Europa und den Vereinigten Staaten auf sehr ernste Kritik.“

Zwei Wirtschaftswissenschaftler berichten auf derselben Konferenz, dass die Empfänger der größten staatlichen Transferleistungen der arabische und der ultraorthodoxe jüdische Bevölkerungsteil seien. Würden sich dort die Geburtenüberschüsse fortsetzen, würden sie 37 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahr 2030 ausmachen.

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ berichtet der Israel-Korrespondent Jörg Bremer, dass über alle israelischen Parteien hinweg der „**Vertrag von Genf**“ langsam zum Modell werde, der

womöglich bald die zweite und dritte Phase der „Road Map“ ersetze. „Genf ist nicht nur eine Friedensvision; der symbolische Vertrag kann nicht einfach als Gespinnst der Opposition abgetan werden.“

11.12.2003:

Der Berliner „Tagesspiegel“ veröffentlicht ein Interview mit einem der 27 israelischen Piloten, die die weitere Beteiligung an Angriffen auf zivile Ziele in den palästinensischen Gebieten verweigert haben. Darin berichtet der 31jährige von seinem „Eindruck, dass sich viele Soldaten mehr denn je ernsthaft Gedanken darüber machen, inwieweit sie persönlich Verantwortung für das übernehmen müssen, was angeordnet wird“.

10.12.2003:

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler begrüßt in einer Presseerklärung die „**Genfer Initiative**“ als „neue Hoffnung für den Nahen Osten“, nachdem sich herausgestellt habe, dass die Umsetzung der „Road Map“ „so große Schwierigkeiten bereitete, dass momentan diese Initiative auf Eis liegt“.

09.12.2003:

Die FDP-Fraktion legt dem Deutschen Bundestag einen Antrag zur Unterstützung der „Genfer Initiative“ vor. Darin soll das Plenum seiner Hoffnung Ausdruck geben, „dass die Vorlage konkreter Regelungen Verhärtungen auf beiden Seiten aufbrechen und den Völkern eine Perspektive für ein friedliches Nebeneinander geben kann“². — Das Schweizer Parlament verabschiedet mit breiter Mehrheit eine Erklärung, in der die „**Genfer Initiative**“ als „Anlass für Hoffnung auf ein Ende des langen Leidens und einer gefährlichen Phase der Instabilität auf der Welt“ gelobt wird.

04.12.2003:

US-Präsident George W. Bush erklärt vor Journalisten in Washington, D.C., im Blick auf die „**Genfer Initiative**“: „We appreciate people discussing peace; we just want to make sure people understand that the principles to peace are clear.“

01.12.2003:

Vor 1100 Teilnehmern, Gästen und Journalisten stellen Yossi Beilin und Yasser Abed Rabbo die „Genfer Initiative**“ vor. Nach der Begrüßung durch die Schweizer Außenministerin Michelle Calmy-Rey erklärt Yossi Beilin: „The document is virtual, but all**

² Vgl. den Text des FDP-Antrags in der Menüleiste „Ergänzende Dokumente“ dieser Homepage.

of us are real, and our heartbeats are real... We are saying to the world, 'Don't believe those who tell you that our conflict is unsolvable. Don't try to help us manage the conflict. Help us to solve it.' Yasser Abed Rabbo zeigt sich überzeugt, dass der heutige Tag einen Neuanfang auf dem Weg zu einem historischen Kompromiss markiert: "Our critics say that officials should make such agreements, not representatives of civil society. We could not agree more. But what can we do if officials do not meet, if governments do not negotiate? We can't wait and watch as the future of our two nations slides deeper into catastrophe." Der frühere US-Präsident Jimmy Carter betont: „It is unlikely we will ever see a more promising foundation for peace... Political leaders are the obstacle to peace.“ In einem Brief an die Veranstalter bezeichnet Yasser Arafat das Dokument als „a brave and courageous initiative (that) opens the door to peace“. Michail Gorbatschow, Hans-Dietrich Genscher, Jacques Delors und der frühere UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali erklären schriftlich ihre Unterstützung. Auch Kofi Annan, Javier Solana und Colin Powell äußern sich positiv, Joschka Fischer nennt die Vereinbarung einen „wichtigen zivilgesellschaftlichen Beitrag“. Weitere Botschaften kommen von Nelson Mandela, der per Video zugeschaltet ist, von Hosni Mubarak, Tony Blair, Jacques Chirac, Bill Clinton und Marokkos König Mohammed VI.

November 2003

21.11.2003:

Die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost – EJJJ Deutschland“ ruft die internationale Staatengemeinschaft und insbesondere die EU dazu auf, „den Prozess der Verhandlungen einer nichtmilitärischen Lösung des Konflikts, der durch die **Genfer Initiative** eingeleitet worden ist, nachhaltig zu unterstützen“.

20.11.2003:

Das Europäische Parlament nimmt eine Entschließung an, in der die Zweckmäßigkeit unterstrichen wird, „die derzeitige Partnerschaft Europa–Mittelmeer-Raum durch bilaterale und multilaterale sektorbezogene Initiativen und die Gründung einer Stiftung für den Dialog zwischen den Kulturen umzugestalten, indem man sie in den weiteren Rahmen der Politik 'Größeres Europa – Nachbarschaft' einordnet“.

14.11.2003:

In einem Interview mit den „Yediot Achronot“ („Letzte Nachrichten“), der auflagenstärksten Zeitung Israels, in dem sich fünf ehemalige Geheimdienstchefs äußern, streicht Carmi Gillon den Unterschied

zwischen den Osloer Vereinbarungen und der „Road Map“ auf der einen sowie der Erklärung von Ami Ayalon und Sari Nusseibeh (27. Juli 2002) und der bevorstehenden Präsentation der „**Genfer Initiative**“ auf der anderen Seite heraus: “The problem is that all of the plans in the last ten years were plans of stages. The stages were created in order to build trust between the sides. And in these ten years, this failed, it didn't work. And that is why I think that the change that Ayalon and Nusseibeh bring, as does Yossi Beilin, is that they are coming and saying: Okay, this way failed. We tried it for ten years, and no trust was built. Now, instead of building trust, let us build agreements. This is a different way of tackling the conflict. Instead of trying to build trust and then agreements, we make the agreements now, and then roll the carpet back and begin to deal with the stages until we reach an agreement.”

09.11.2003:

US-Außenminister Colin Powell schickt an die Architekten der „**Genfer Initiative**“ ein Schreiben, in dem es heißt: „The U.S. remains committed to the President's two-state vision and to the road map, but we also believe that projects such as yours are important in helping to sustain an atmosphere of hope in which Israelis and Palestinians can discuss mutually acceptable resolutions to the difficult issues that confront us.”

Oktober 2003

23.10.2003:

In einer „Entschließung des Europäischen Parlaments zu Frieden und Würde im Nahen Osten“ werden die Mitglieder des „Quartetts“ zur Veröffentlichung der „Road Map“ beglückwünscht. Gleichzeitig wird die von Sari Nusseibeh (Präsident der „Al-Quds University“) und Ami Ayalon (ehemaliger Chef des Inlandsgeheimdienstes) initiierte „People's Voice“-Initiative begrüßt³.

13.10.2003:

Im Hotel Mövenpick auf der jordanischen Seite des Toten Meeres zeichnen das israelische und das palästinensische Team den Entwurf der „Genfer Initiative“ ab.

07.10.2003:

Der „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik“ des Europäischen Parlaments schlägt in einem Entschließungsantrag für das Plenum

³ Der englische Text des Ayalon-Nusseibeh-Katalogs befindet sich in der Menüleiste „Ergänzende Dokumente“ dieser Homepage.

die sofortige Aufnahme Israels und des neuen palästinensischen Staates in den geopolitischen Rahmen des von der EU entwickelten „Konzepts der Nähe“ vor, sobald der stabile und endgültige Friedensvertrag unterzeichnet worden sei. Spätestens ab dem Jahr 2005 würde die EU mit beiden Partnern „alles bis auf die Institutionen“ teilen, was konkret einen gemeinsamen Markt, freien Handel, ein offenes System für Investitionen, die Rechtsangleichung, die Zusammenschaltung von Netzwerken, die Nutzung des Euro und eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung der Kriminalität, des Terrorismus und der illegalen Einwanderung bedeutet.

Mai 2003

25.05.2003:

Das israelische Kabinett verabredet vierzehn Vorbehalte gegenüber der „Road Map“ des internationalen Quartetts:

Prime Minister Ariel Sharon's cabinet on Sunday approved the "road map" – a three-phase plan that calls for a settlement freeze and an end to terror attacks in the first stage, a Palestinian state with temporary borders in the second, and a final-status agreement by 2005. The vote was 12-7 with four abstentions at the end of a stormy six-hour debate. Israel attached 14 reservations to the road map, which the U.S. has promised to "fully and seriously address," but this promise was not an assurance that all of Israel's demands would be met. The following is the text of the reservations:

Primary themes of Israel's remarks:

1. Both at the commencement of, and during the process, and as a condition to its continuance, calm will be maintained. The Palestinians will dismantle the existing security organizations and implement security reforms during the course of which new organizations will be formed and act to combat terror, violence and incitement (incitement must cease immediately and the Palestinian Authority must educate for peace).

These organizations will engage in genuine prevention of terror and violence through arrests, interrogations, prevention and the enforcement of the legal groundwork for investigations, prosecution and punishment. In the first phase of the plan and as a condition for progress to the second phase, the Palestinians will complete the dismantling of terrorist organizations (Hamas, Islamic Jihad, the Popular Front, the Democratic Front, Al-Aqsa Brigades and other apparatuses) and their infrastructure; collection of all illegal weapons and their transfer to a third party for the sake of being removed from the area and destroyed; cessation of weapons smuggling and weapons production inside the Palestinian Authority; activation of the full prevention apparatus and cessation of incitement.

There will be no progress to the second phase without the fulfillment of all above-mentioned conditions relating to the war

- against terror. The security plans to be implemented are the [CIA-Director George] Tenet and [General Anthony] Zinni plans.
2. Full performance will be a condition for progress between phases and for progress within phases. The first condition for progress will be the complete cessation of terror, violence and incitement. Progress between phases will come only following the full implementation of the preceding phase. Attention will be paid not to time lines, but to performance benchmarks (time lines will serve only as reference points).
 3. The emergence of a new and different leadership in the Palestinian Authority within the framework of governmental reform. The formation of a new leadership constitutes a condition for progress to the second phase of the plan. In this framework, elections will be conducted for the Palestinian Legislative Council following coordination with Israel.
 4. The Monitoring mechanism will be under American management. The chief verification activity will concentrate upon the creation of another Palestinian entity and progress in the civil reform process within the Palestinian Authority. Verification will be performed exclusively on a professional basis and per issue (economic, legal, financial) without the existence of a combined or unified mechanism. Substantive decisions will remain in the hands of both parties.
 5. The character of the provisional Palestinian state will be determined through negotiations between the Palestinian Authority and Israel. The provisional state will have provisional borders and certain aspects of sovereignty, be fully demilitarized with no military forces, but only with police and internal security forces of limited scope and armaments, be without the authority to undertake defense alliances or military cooperation, and Israeli control over the entry and exit of all persons and cargo, as well as of its air space and electromagnetic spectrum.
 6. In connection to both the introductory statements and the final settlement, declared references must be made to Israel's right to exist as a Jewish state and to the waiver of any right of return for Palestinian refugees to the State of Israel.
 7. End of the process will lead to the end of all claims and not only the end of the conflict.
 8. The future settlement will be reached through agreement and direct negotiations between the two parties, in accordance with the vision outlined by President Bush in his 24 June address.
 9. There will be no involvement with issues pertaining to the final settlement. Among issues not to be discussed: settlement in Judea, Samaria and Gaza (excluding a settlement freeze and illegal outposts); the status of the Palestinian Authority and its institutions in Jerusalem; and all other matters whose substance relates to the final settlement.
 10. The removal of references other than 242 and 338 (1397, the Saudi Initiative and the Arab Initiative adopted in Beirut). A settlement based upon the road map will be an autonomous settlement that derives its validity therefrom. The only possible reference should be to Resolutions 242 and 338, and then only as

an outline for the conduct of future negotiations on a permanent settlement.

11. Promotion of the reform process in the Palestinian Authority: a transitional Palestinian constitution will be composed, a Palestinian legal infrastructure will be constructed and cooperation with Israel in this field will be renewed. In the economic sphere: international efforts to rehabilitate the Palestinian economy will continue. In the financial sphere: the American-Israeli-Palestinian agreement will be implemented in full as a condition for the continued transfer of tax revenues.
12. The deployment of IDF forces along the September 2000 lines will be subject to the stipulation of Article 4 (absolute quiet) and will be carried out in keeping with changes to be required by the nature of the new circumstances and needs created thereby. Emphasis will be placed on the division of responsibilities and civilian authority as in September 2000, and not on the position of forces on the ground at that time.
13. Subject to security conditions, Israel will work to restore Palestinian life to normal: promote the economic situation, cultivation of commercial connections, encouragement and assistance for the activities of recognized humanitarian agencies. No reference will be made to the Bertini Report as a binding source document within the framework of the humanitarian issue.
14. Arab states will assist the process through the condemnation of terrorist activity. No link will be established between the Palestinian track and other tracks (Syrian-Lebanese)¹.

¹ Israel's Road Map Reservations, in „Haaretz“ 27.05.2003.